



Amtsblatt

für den Landkreis Stendal

Jahrgang 19

18. November 2009

Nummer 25

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Landkreis Stendal	
Berichtigung zur Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 24 vom 04.11.2009 des Landkreises Stendal	336
1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Stendal für das Haushaltsjahr 2009 und deren Bekanntmachung	336
Bekanntmachung des Landkreises Stendal	337
Genehmigung des Wappens der Gemeinde Birkholz	337
Verordnung des Landkreises Stendal über die einstweilige Sicherstellung des Landschaftsschutzgebietes "Altmärkische Wische"	337
2. Stadt Stendal	
Bekanntmachung der Aufwandsentschädigung der Stadt Stendal	339
3. VGem Stendal-Uchtetal, Stadt Stendal als Trägergemeinde	
1. Nachtragshaushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 der Gemeinde Volgfelde	340
1. Nachtragshaushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 der Gemeinde Wittenmoor	340
4. VG Elbe-Havel-Land	
Bekanntmachung	341
5. Verwaltungsgemeinschaft "Tangerhütte-Land"	
Öffentliche Bekanntmachung und Stellenausschreibung zur Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Uchtdorf am 24.01.2010 in der Zeit von 09.00-17.00 Uhr	341
Bekanntmachung der Verwaltungsgemeinschaft "Tangerhütte-Land" zum Ergebnis der Bürgeranhörung zur Gebietsänderung vom 11.10.2009	341
6. Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt	
Bekanntmachung - Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen	342

Landkreis Stendal

Berichtigung zur Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 24 vom 04.11.2009 des Landkreises Stendal

Bekanntmachung der Genehmigung des Wappens der Gemeinde Schinne

In der Genehmigungsverfügung muss es richtig heißen:

„Gespalten von Gold und Rot, vorn am Spalt ein halbes grünes Kleeblatt bewinkelt von schwarzen Flügen, hinten drei goldene Ähren mit je zwei Halmblättern, die links außen stehende mit geknicktem Halm und gesenkter Ähre.“

Stendal, den 9. November 2009

Jörg Hellmuth
Landrat



Landkreis Stendal

1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Stendal für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund der §§ 33 und 76 der Landkreisordnung des Landes Sachsen - Anhalt vom 5. Oktober 1993 (GVBl. LSA S.598), in der zur Zeit geltenden Fassung, i.V.m. dem § 160 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen - Anhalt vom 5. Oktober 1993 (GVBl. LSA S. 568), in der zur Zeit geltenden Fassung, hat der Kreistag des Landkreises Stendal in der Sitzung am 29. Oktober 2009 folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen:

		§ 1			
		erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes	
				gegenüber bisher	nunmehr festgesetzt auf
		EUR	EUR	EUR	EUR
im Verwaltungshaushalt					
die Einnahmen	-	911.900		138.656.900	137.745.000
die Ausgaben	-	911.900		159.138.600	158.226.700

im Vermögenshaushalt

die Einnahmen	3.588.700	-	16.395.100	19.983.800
die Ausgaben	3.588.700	-	16.395.100	19.983.800

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung von **6.457.800 EUR** nicht verändert.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2009 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung von **60.000.000 EUR** nicht verändert.

§ 5

Der Kreisumlagehebesatz wird nicht geändert.

Stendal, den 29.10.2009

Lothar Riedinger
Vorsitzender des
Kreistages



Jörg Hellmuth
Landrat

Bekanntmachung

Die vorstehende 1. Nachtragshaushaltssatzung des Haushaltsjahres 2009 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der 1. Nachtragshaushaltsplan liegt nach § 94 Abs. 3 und nach § 155 der Gemeindeordnung vom 19.11. bis 30.11.2009 während der unten angegebenen Zeiten öffentlich zur Einsichtnahme in der

Kreisverwaltung Stendal
Neubau, Zimmer 156
Hospitalstraße 1 - 2

aus.

Stendal, den 05.11.2009

Jörg Hellmuth
Landrat



Montag 08.00-12.00 Uhr 14.00-16.00 Uhr	Dienstag 08.00-12.00 Uhr 14.00-17.00 Uhr	Donnerstag 08.00-12.00 Uhr 14.00-17.00 Uhr	Freitag 08.00-12.00 Uhr
---	---	---	-----------------------------------

Landkreis Stendal

BEKANNTMACHUNG des Landkreises Stendal

über die öffentliche Auslegung des Antrages zur Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für die der öffentlichen Trinkwasserversorgung dienenden Anlagen Trinkwasserleitung TW-Netz Neulingen

Auf der Grundlage des § 9 Absatz 4 Grundbuchreinigungsgesetz (GBBerG) vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I 1993, Seite 2192), zuletzt geändert durch Artikel 41 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586 Nr. 61/2008), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchreinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechts- Durchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I Seite 3900) hat der

Wasserverband Stendal-Osterburg, Am Bültgraben 5, 39606 Osterburg

beim Landkreis Stendal, Hospitalstraße 1-2 in 39576 Stendal, als untere Wasserbehörde, für die der öffentlichen Wasserversorgung dienenden Anlagen

Trinkwasserleitung TW-Netz Neulingen

die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Die Bescheinigung begründet eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die nachfolgend genannten Grundstücke zugunsten des Antragstellers. Sie umfasst das Recht, in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko die belasteten Grundstücke für den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung der Anlagen zu nutzen, Wasser in einer Leitung über die Grundstücke zu führen sowie die Grundstücke zu betreten.

Die Trassenführung erstreckt sich im Landkreis Stendal auf nachfolgend genannte Grundstücken.

Gemeinde Bretsch, Gemarkung Bretsch

Flur: 1
Flurstücke: 1, 389/3, 7, 390/8, 207/22, 463/49, 206/22, 302/41, 208/24, 25, 26, 27, 28, 307/45, 305/42, 364/39, 383/21, 47/3, 464/48, 461/49, 462/49

Flur: 7
Flurstücke: 384/182, 382/104, 375/109, 55/1, 395/60, 60/1

Flur: 8
Flurstücke: 42, 44, 9, 7, 8

Flur: 9
Flurstücke: 38, 52, 51, 53, 54, 59, 60, 61, 62, 50, 46, 48, 44, 43, 42, 41, 39, 36, 40, 6, 7, 89, 99, 100, 106, 105, 86, 74

Flur: 10
Flurstück: 25

Gemeinde Gagel, Gemarkung Gagel

Flur: 2
Flurstücke: 33, 130/31, 138/16, 18/15, 146/16, 122/18

Gemeinde Losse, Gemarkung Losse

Flur: 3
Flurstück: 35
Flur: 4
Flurstücke: 3

Gemäß § 7 Absatz 1 der SachenR-DV werden die Antragsunterlagen vier Wochen von dem Tag der Bekanntmachung an, beim Landkreis Stendal, Umweltamt, Hospitalstraße 1-2, 39576 Stendal (Telefon: 03931/607229), während der Sprechzeiten öffentlich ausgelegt. Widerspricht der Grundstückseigentümer rechtzeitig während dieser Frist, wird die Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk erteilt.

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen:

Die Dienstbarkeit ist per Gesetz entstanden. Ein Widerspruch des Grundstückseigentümers kann nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstücks besteht.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die vom antragstellenden Versorgungsunternehmen dargestellte Anlage nicht richtig ist, das Grundstück gar nicht von der Anlage betroffen ist oder in anderer Weise als vom Antragsteller dargelegt.

Stendal, den 09.11.2009



Hellmuth
Landrat



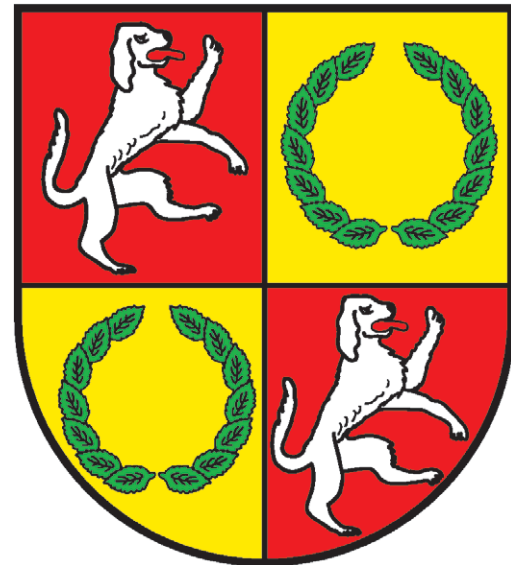
Landkreis Stendal

Genehmigung des Wappens der Gemeinde Birkholz

Auf der Grundlage des § 14 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 5. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung der Gemeindeordnung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA S. 383) erhält die **Gemeinde Birkholz** gemäß Antrag vom 29.10.2009 die Genehmigung zur Führung des nachfolgend beschriebenen Wappens / Blasonierung nach der Zustimmungserklärung des Landeshauptarchivs vom 07.10.2009, Az.: 1.12-56223-2 / Birkholz:

**„Geviert von Rot und Gold,
1 und 4 : eine linksgewendete steigende silberne Bracke mit roter Zunge,
2 und 3 : ein oben offener grüner Blätterkranz.“**

Die bildliche Darstellung des Wappens ist als Anlage beigefügt und Bestandteil dieser Genehmigung.



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung können Sie nach Bekanntgabe innerhalb eines Monats Widerspruch einlegen.

Der Widerspruch ist beim Landkreis Stendal, 39 576 Stendal, Hospitalstraße 1-2 schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Stendal, den 06.11.2009



Jörg Hellmuth



Landkreis Stendal

Verordnung des Landkreises Stendal über die einstweilige Sicherstellung des Landschaftsschutzgebietes "Altmärkische Wische"

Auf der Grundlage der §§ 41,32 und 65 Naturschutzgesetz des Landes Sachsen - Anhalt (NatSchG LSA) vom 23.Juli 2004 (GVBl. LSA Nr. 41/2004, S. 454 ff), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2005 (GVBl. LSA S.769 Nr. 67/05), wird verordnet:

§ 1 - Schutzgegenstand

(1) Das in § 2 festgelegte Gebiet im Landkreis Stendal wird durch einstweilige Sicherstellung für einen Zeitraum von drei Jahren zum

Landschaftsschutzgebiet (LSG) "Altmärkische Wische"

erklärt.

Für das Gebiet ist die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet gemäß § 32 NatSchG LSA beabsichtigt.

(2) Das Schutzgebiet ist ca. 114 km² groß.

§ 2 - Räumlicher Geltungsbereich

(1) Die Fläche des Landschaftsschutzgebietes ist übersichtsweise in der mitveröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1:100.000 dargestellt.

Der genaue Grenzverlauf ist in einem Satz topographischer Karten im Maßstab 1:10.000 (nicht veröffentlicht) aufgeführt. Die Ausgrenzung der im Landschaftsschutzgebiet gelegenen Ortslagen und bebauten Bereiche ist flurstücksgenau in Auszügen der Liegenschaftskarte (nicht veröffentlicht) dokumentiert. Die Karten sind Bestandteil der Verordnung.

Die Grenze des Landschaftsschutzgebietes ist durch eine Punktreihe gekennzeichnet. Sie verläuft sowohl auf den Liegenschaftskarten als auch auf den topographischen Karten entlang der gedachten Linie, die die Punktreihe auf der dem Landschaftsschutzgebiet „Altmärkische Wische“ zugewandten Seite berührt.

Die Grenzfestlegung erfolgte auf der Basis des amtlichen Liegenschaftskatasters. Bei Un-

stimmigkeiten in den Kartendarstellungen gilt die auf den nicht veröffentlichten Liegen-
schaftskarten eingetragene Grenze.

Die topographischen Karten und die Auszüge aus den Liegenschaftskarten sind beim Land-
kreis Stendal hinterlegt und können während der Sprechzeiten kostenlos eingesehen wer-
den.

Je eine Ausfertigung des Kartensatzes ist bei den Verwaltungsgemeinschaften Arneburg-
Goldbeck und Seehausen, der Hansestadt Osterburg sowie in den jeweiligen Kommunen
insoweit hinterlegt, als sie Flächenanteile an dem Landschaftsschutzgebiet „Altmärkische
Wische“ haben. Sie können dort kostenlos von jedermann während der Dienst- bzw. Sprech-
zeiten eingesehen werden.

(2) Die Grenze des Landschaftsschutzgebietes verläuft, beginnend an der Fährstelle Sandau-
erholz - Sandau, in der Strommitte der Elbe in südlicher Richtung bis auf Höhe der Ortschaft
Altenzaun, führt dann in westlicher Richtung entlang der Kreisstraße K 1064 von Altenzaun
nach Hindenburg, trifft auf die Landesstraße L 16 und führt auf dieser in nördlicher Rich-
tung nach Busch und dann weiter bis nach Giesenslage. Am Ortseingang von Giesenslage
schwenkt die Grenze auf ein Wegegründstück links der Straße und folgt diesem in westlicher
Richtung bis zur Beverlake. Die Beverlake bildet dann im weiteren Verlauf die Schutzge-
bietsgrenze, bis sie auf einen Feldweg zwischen Rengerslage und Wasmerslage trifft, der
dann auf die Landesstraße L 9 zuläuft. Die Landesstraße L 9 bildet bis Wasmerslage die
Schutzgebietsgrenze, sie führt dann weiter entlang eines Weges weiter in nördlicher Richtung
nach Lichterfelde, tangiert den westlichen Ortsrand und führt entlang des Tauben Alands, der
Gemarkungsgrenze zwischen Falkenberg und Schönberg und einem Weg in nordwestlicher
Richtung bis zur Landesstraße L 2 in Höhe der Gemeinde Schönberg. Im Weiteren wird die
Schutzgebietsgrenze durch den Straßenverlauf der Landesstraße 2, aus Richtung Seehausen
kommend, über Schönberg, Neukirchen, Wendemark, Werben nach Räbel beschrieben. Ab
Räbel folgt sie dem Elbdeich bis Berge und schließt an den alten Deich (Schlafdeich) über
Kannenberg und Büttnerhof zur o.g. Fährstelle an.

§ 3 - Schutzzweck

(1) Die wertbestimmenden Anteile des Landschaftsschutzgebietes "Altmärkische Wische"
sind durch pleistozäne und holozäne Vorgänge sowie durch die daran gebundene Flora und
Fauna geprägt.

1. Die regionalen, dominierenden Reliefbildungen der Wische sind:
die großflächige Auenlandschaft, entstanden durch den Zusammenfluss der Eberswalder,
Warschau-Berliner und Glogau-Baruther Urstromtäler zum norddeutschen Urstromtal,
die holozäne Naturraumgrenze zur Altmärkplatte,
die in der Aue verstreuten holozänen Sande mit Trittsteinfunktion,
die in der Wische gelegenen Flüsse und Grabensysteme.

2. Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie die Leistungs- und
Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes werden insbesondere geprägt durch:
a) die tischebene, weitläufige Landschaft mit ihren großzügigen Fernsichtbeziehungen, die
ihre Grenzen gut sichtbar an den Erhebungen der angrenzenden Landschaftsräume (Hoch-
flächen) findet,
b) die langgestreckten Straßendörfer und landwirtschaftlichen Streusiedlungen mit Einzel-
hofcharakter in einem dünn besiedelten Raum, in deren Orten jeweils die Kirchen markante-
ste Orientierungspunkte bilden,
c) die Elbe und ihre reich strukturierte Aue mit Altarmen, Kleingewässern, Gehölzen und
Grünlandbereichen,
d) die relativ gleichmäßig verteilten Gehölzstrukturen, die als Feldgehölze, Baumreihen und
Hecken eine z. T. hohe Flächendichte erreichen,
e) die noch erhaltenen, zum Teil ausgedehnten Wiesen- und Grünlandflächen,
f) die Röhrichtflächen und Hochstaudenfluren, häufig in Verbindung mit Stillegewässern.

3. Besondere Bedeutung für die Erholung haben:

a) für Wasserwanderer die Elbe,
b) für die ruhige landschaftsbezogene Erholungsnutzung die reich strukturierte Niederungs-
landschaft, insbesondere die offene, großzügige Weitläufigkeit mit ihren Sichtbeziehungen,
c) für Radwanderer und Reiter ein umfassendes Wegenetz; der Elberadweg und der Radwan-
derdunkurs der Altmark führen hier entlang,
d) die vom Elbewasser beeinflussten Kleingewässer und Teiche.

(2) Ziele der einstweiligen Sicherstellung des Gebietes als Landschaftsschutzgebiet "Alt-
märkische Wische" sind:

1. die Sicherung ihres besonderen landschaftlichen Charakters und die Bewahrung der Viel-
falt, Eigenart und Schönheit der Landschaftsräume bis zur dauerhaften Ausweisung als Land-
schaftsschutzgebiet durch:

a) die Freihaltung des Gebietes von einer unangepassten Bebauung, bspw. von Windkraftan-
lagen und die Verhinderung landschaftszerstörender Flächeninanspruchnahmen,
b) die landschaftliche Einbindung von Ortsrändern, Streusiedlungen und -höfen,
c) die Erhaltung von abgestuften Waldrändern, Feldgehölzen, Heckenstrukturen und Baum-
reihen,
d) den Erhalt des natürlichen Reliefs der Landschaft,

2. die Sicherung der ökologischen Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes
und der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter durch:

a) den Erhalt der Rast-, Überwinterungs- und Fortpflanzungsgebiete sowie Nahrungshabitate
für eine Vielzahl von Tierarten, insbesondere für die Avifauna und die Fledermausfauna,
b) den Schutz von Biotopen und Biotopverbundelementen, sowie des Bodens, Wassers und
Klimas,
c) den Erhalt natürlicher und naturnaher Pflanzengesellschaften und gefährdeter Refugien
sowie der charakteristischen Tierlebensgemeinschaften,
d) den Fortbestand der Grünlandflächenanteile,

3. der Erhalt der Erholungseignung des Gebietes,

4. die Sicherung von für Forschung, Lehre und Heimatpflege wertvollen Flächen, Objekten
und Fundplätzen,

5. die Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes der im Landschaftsschutzgebiet vor-
handenen Teilbereiche des kohärenten europäischen Schutzgebietssystems mit dem Namen
„NATURA 2000“ gemäß „Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung
der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“ (Flora-Fauna-
Habitat (FFH)-Richtlinie), insbesondere die Gewährleistung eines günstigen Erhaltungszu-
standes der in diesen Gebieten auftretenden natürlichen Lebensräume gemäß Anhang I der
FFH-Richtlinie sowie der Schutz der gemäß Anhang II und IV dieser Richtlinie genannten
Tier- und Pflanzenarten.

Folgende FFH- Gebiete sind im Landschaftsschutzgebiet „Altmärkische Wische“ vorhan-
den:

a) die westlichen Teilbereiche des FFH- Gebietes DE 3138 301 „Elbaue Werben und Alte
Elbe Kannenberg“, mit dem „Blauen See“ und ausgeprägten Feuchtgebietsflächen bei Kan-
nenberg, sowie bedeutende Lebensräume, insbesondere für die Rotbauchunke (*Bombina
bombina*) im Raum Räbel;
b) der nordwestliche Teil des FFH-Gebietes DE 3238 302 „Elbaue zwischen Sandau und
Schönhausen“ als strukturreicher Abschnitt der Elbaue, mit gut ausgebildeten Flussuferflur-
en, Wiesen, Altwässern und Auwaldbereichen, wobei hier insbesondere der naturnahe Wer-
der südöstlich von Altenzaun hervorzuheben ist. Von den nach FFH- Richtlinie geschützten
Tierarten sind hier besonders der Kammolch (*Triturus cristatus*), die Rotbauchunke, der
Elbebiber (*Castor fiber albus*) und der Fischotter (*Lutra lutra*) zu nennen;

6. der Erhalt und der Schutz des im Landschaftsschutzgebiet vorhandenen Teilbereiches des
Europäischen Vogelschutzgebietes DE 3437 401 „Elbaue Jerichow“ und die Erhaltung der
Lebensstätten oder Lebensmöglichkeiten für Vogelarten im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 in
Verbindung mit Anhang I oder des Artikels 4 Abs. 2 der Richtlinie 79/409/EWG (Vogel-
schutzrichtlinie), insbesondere des Milans und des Weiß- und Schwarzstorches.

§ 4 - Verbote

(1) Es sind alle Handlungen verboten, die geeignet sind, den Charakter der Landschaft unmit-
telbar nachteilig zu verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

(2) Im Landschaftsschutzgebiet sind insbesondere folgende Handlungen verboten:

1. Bodenschätze abzubauen, soweit dies mit Veränderungen an der belebten Bodenschicht
verbunden ist,

2. Windkraftanlagen zu errichten,

3. Wald im Sinne des Bundes- und Landeswaldgesetzes in andere Nutzungsarten umzuwan-
deln,

4. Wald, Feldgehölz- und Kopfbaumgruppen, landschaftsprägende Solitärbäume und Hecken
zu beseitigen,

5. Flutmulden und Kleingewässer zu verfüllen, Röhrichte sowie Gewässerränder zu zerstö-
ren oder erheblich zu beeinträchtigen,

6. nicht einheimische Hecken- und Feldgehölze in der freien Landschaft anzupflanzen,

7. bedeutsame geologische Erscheinungen zu beseitigen oder die bisherige Bodengestalt
durch Abgrabungen, Auffüllungen oder Aufschüttungen zu verändern,

8. die Bodendecke auf nicht bewirtschafteten Grundflächen im Außenbereich zu beseitigen
oder zu verändern,

soweit sie nicht unter die §§ 5 oder 6 dieser Verordnung fallen.

§ 5 - Erlaubnisvorbehalt

(1) Im Landschaftsschutzgebiet bedürfen folgende Handlungen der vorherigen Erlaubnis,
sofern sie nicht nach § 6 freigestellt sind:

1. die Umwandlung von Grünland in Ackerland,
2. die Errichtung oder wesentliche Veränderung von Hochleitungen, Großbehältern wie
Hochsilos, Brücken und Durchlässen im Außenbereich,
3. der Neubau und die Erweiterung von Entwässerungsanlagen,
4. die Anlage oder die Erweiterung von Gewässern.

(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn der Schutzgegenstand durch die Maßnahme nicht
unmittelbar nachteilig verändert wird und der Schutzzweck nicht entgegensteht.

§ 6 - Freistellung

Von den Verboten und den Erlaubnisvorbehalten dieser Verordnung sind freigestellt:

1. Nutzungen aufgrund von bereits genehmigten Flächennutzungs- und Bebauungsplänen
der Gemeinden,

2. die landschaftsangepasste Bebauung bestehender Hofanlagen im Sinne des § 35 des Bau-
gesetzbuches sowie die Unterhaltung und Instandsetzung baulicher Anlagen,

3. die bei In-Kraft-Treten der Verordnung rechtmäßig ausgeübten Nutzungen und Befugnisse
in der bisherigen Art und in ihrem bisherigen Umfang sowie eine Nutzung, auf deren Aus-
übung bei Inkrafttreten dieser Verordnung ein gesetzlicher oder durch behördliche Zulassung
begründeter Anspruch bestand,

4. der vorgesehene Bau der B 190 n entsprechend der Trassenfestsetzung im Raumordnungs-
verfahren,

5. die der guten fachlichen Praxis entsprechende land-, forst- und fischereiwirtschaftliche
Bodennutzung und Bewirtschaftung,

6. die ordnungsgemäße Unterhaltung der Fließgewässer und Gräben zur Gewährleistung ei-
nes schadlosen Wasserabflusses im Sinne von § 102 des Wassergesetzes des Landes Sach-
sen-Anhalt,

7. die Erneuerung vorhandener Dränagen.

§ 7 - Befreiungen

(1) Von den Verboten dieser Verordnung kann die Naturschutzbehörde auf Antrag eine Befreiung gemäß § 58 NatSchG LSA gewähren, wenn:

1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall

a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder

b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder

2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

(2) Die Befreiung nach Abs. 1 ersetzt keine nach sonstigen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen, Zulassungen, Ausnahmen oder anderen begünstigenden Verwaltungsakte.

§ 8 - Verfahren für Erlaubnisse und Befreiungen

(1) Die Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 5 oder einer Befreiung gemäß § 7 ist beim Landkreis Stendal schriftlich zu beantragen.

(2) Die Erlaubnis oder Befreiung wird schriftlich erteilt. Sie kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

§ 9 - Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne § 65 Abs. 1 Nr. 1 NatSchG LSA handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Verboten des § 4 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 bis 8 zuwiderhandelt oder

2. Handlungen im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 ohne Erlaubnis vornimmt.

(2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können gemäß § 65 Abs. 2 Nr. 3 NatSchG LSA mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

§ 10- Dauer der Sicherstellung

Das Gebiet wird als Landschaftsschutzgebiet „Altmarkische Wische“ für den Zeitraum von drei Jahren einstweilig sichergestellt. Die Sicherstellung kann um höchstens zwei Jahre verlängert werden.

§ 11 – In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt des Landkreises Stendal in Kraft.

Stendal, den 10.11.2009


Jörg Hellmuth
Landrat



Anlage

- Übersichtskarte zum LSG (die Karte ist auf der letzten Seite dieses Amtsblattes platziert)

Stadt Stendal

Satzung der Stadt Stendal über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Einwohner

Aufgrund der §§ 6, 33 und 44 Abs. 3 Nr. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993, in der jeweils gültigen Fassung, hat der Stadtrat der Stadt Stendal in seiner Sitzung am 02.11.2009 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Anwendungsbereich

Die Mitglieder des Stadtrates, der Vorsitzende des Stadtrates, Vorsitzende der Ausschüsse und Fraktionen, Mitglieder der Ortschaftsräte, Ortsbürgermeister und Ortsvorsteher, der sachkundigen Einwohner und die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr erhalten Aufwandsentschädigung, Ersatz ihres Verdienstausfalls und ihrer Auslagen, sowie Reisekosten nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2

Aufwandsentschädigung für Stadtratsmitglieder

Alle Stadtratsmitglieder erhalten als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag und Sitzungsgeld. Der Pauschalbetrag beträgt für Stadtratsmitglieder 110,00 Euro. Das Sitzungsgeld beläuft sich auf 13,00 Euro je Sitzung und Tag.

§ 3

Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Stadtrates

(1) Der Vorsitzende des Stadtrates erhält neben der nach § 2 gewährten Aufwandsentschädigung einen zusätzlichen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 150,00 Euro.

(2) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden des Stadtrates für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als drei Monaten wird dem Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe derjenigen des Vorsitzenden des Stadtrates gewährt.

§ 4

Aufwandsentschädigung für Vorsitzende der Ausschüsse und Fraktionen

(1) Die Vorsitzenden der Ausschüsse und Fraktionen erhalten eine zusätzliche pauschale monatliche Aufwandsentschädigung. Sie beträgt:

1. für die Vorsitzenden der Ausschüsse 110,00 Euro,
2. für die Vorsitzenden der Fraktionen 150,00 Euro.

(2) Ist der Vorsitzende eines Ausschusses oder einer Fraktion länger als drei Monate verhindert, so erhält sein Vertreter bis zu dessen Rückkehr den Betrag der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1.

§ 5

Aufwandsentschädigung für Ortschaftsratsmitglieder

(1) Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Ortschaftsräte besteht aus einem monatlichen Pauschalbetrag und dem Sitzungsgeld.

(2) Für die Mitglieder der Ortschaftsräte werden aufgrund der Einwohnerzahlen der jeweiligen Ortschaft zum Stichtag, folgende Pauschalbeträge gezahlt:

- | | |
|--|-------------|
| - Ortschaften mit bis zu 500 Einwohnern | 7,00 Euro, |
| - Ortschaften von 501 bis 1.000 Einwohnern | 13,00 Euro, |
| - Ortschaften von 1.001 bis 1.500 Einwohnern | 19,00 Euro, |
| - Ortschaften von 1.501 bis 2.000 Einwohnern | 25,00 Euro. |

(3) Die Ermittlung der Einwohnerzahlen erfolgt entsprechend der Regelungen der Kommunalbesoldungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

(4) Das Sitzungsgeld für alle Ortschaftsräte beträgt 10,00 Euro je Sitzung und Tag.

(5) Einen Anspruch auf Sitzungsgeld hat nur, wer an den Sitzungen des Ortschaftsrates teilnimmt.

§ 6

Aufwandsentschädigung für Ortsbürgermeister

(1) Den Ortsbürgermeistern wird eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung gewährt. Aufgrund der Einwohnerzahlen der jeweiligen Ortschaft zum Stichtag, werden folgende Pauschalbeträge gezahlt:

- | | |
|--|--------------|
| - Ortschaften mit bis zu 500 Einwohnern | 154,00 Euro, |
| - Ortschaften von 501 bis 1.000 Einwohnern | 231,00 Euro, |
| - Ortschaften von 1.001 bis 2.000 Einwohnern | 307,00 Euro, |
| - Ortschaften mit mehr als 2.000 Einwohnern | 389,00 Euro. |

(2) Die Ermittlung der Einwohnerzahlen erfolgt entsprechend der Regelungen der Kommunalbesoldungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

(3) Ist ein Ortsbürgermeister länger als drei Monate verhindert, so erhält sein Vertreter bis zu dessen Rückkehr den Betrag seiner Aufwandsentschädigung nach Abs. 1.

§ 7

Aufwandsentschädigung für sachkundige Einwohner

Sachkundige Einwohner, die vom Stadtrat zu Mitgliedern beratender Ausschüsse berufen wurden, erhalten Aufwandsentschädigung ausschließlich in Form von Sitzungsgeld in Höhe von 13,00 Euro pro Tag und Sitzung.

§ 8

Auslagen

Mit den Aufwandsentschädigungen sind die notwendigen Auslagen mit Ausnahme von Reisekosten und Auslagen für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen abgegolten.

§ 9

Ersatz des Verdienstausfalls

(1) Die in § 1 dieser Satzung benannten Personen haben, sofern sie nicht vom Arbeitgeber unter Fortzahlung der Bezüge freigestellt werden, Anspruch auf Ersatz ihres Verdienstausfalls.

(2) Unselbständig Tätigen wird der in Ausübung des Mandats entstandene und nachgewiesene Verdienstausfall im Hauptberuf ersetzt.

(3) Selbständigen wird der in Ausübung ihres Mandats entstandene und nachgewiesene Verdienstausfall in Form eines pauschalen Stundensatzes ersetzt. Dieser beträgt 13,00 Euro.

(4) Absätze 2 und 3 finden entsprechende Anwendung auf Rentner und Pensionäre, soweit sie im Ruhestand einem zulässigen Nebenverdienst nachgehen.

(5) Wer ausschließlich einen Haushalt führt und keine Ersatzansprüche nach Abs. 2 und 3 geltend machen kann, dem wird als Verdienstausfall eine Pauschale von 7,50 Euro pro Stunde ersetzt.

(6) Verdienstausfall kann nur für Tätigkeiten in Ausübung des Mandats während der regelmäßigen Arbeitszeiten geltend gemacht werden. Außerhalb eines Zeitraums von 7,00 bis 20,00 Uhr (Montag bis Freitag) bzw. von 7,00 bis 13,00 Uhr (Sonnabend) bestehen keine Ansprüche, es sei denn, der Anspruchssteller ist im Schicht- oder einem vergleichbaren Dienst tätig.

(7) Ersatz des Verdienstausfalls erfolgt nur auf Antrag. Dem Antrag auf Ersatz sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen. Insbesondere sind über den entschädigungsfähigen Anlass, die zeitliche Dauer der Teilnahme und die Höhe des Verdienstausfalls konkrete Angaben zu machen und nachzuweisen.

(8) Verdienstausfall kann beantragt werden für:

1. Sitzungen des Stadtrates, der Ausschüsse und der Ortschaftsräte sowie für Sitzungen sonstiger Gremien, die durch die Stadt Stendal konstituiert worden sind;

2. Sitzungen der Fraktionen und Ausschüsse;

3. die Wahrnehmung von Repräsentationsaufgaben der Ortsbürgermeister;

4. Sitzungen und Veranstaltungen von Organisationen und Einrichtungen, zu denen die Anspruchssteller von der Stadt Stendal entsandt worden sind, wenn der Verdienstausschlag nicht anderweitig geltend gemacht werden kann;

5. Veranstaltungen, die vom Stadtrat genehmigt oder beschlossen worden sind.

§ 10

Erstattung der Reisekosten

Bei Reisen, die von Mitgliedern des Stadtrates und/oder der Ortschafträte mit Genehmigung des Stadtrates in Ausübung ihres Mandates durchgeführt werden, erhalten diese auf Antrag eine Reisekostenentschädigung nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung. Nachgewiesene Übernachtungskosten werden nur erstattet, wenn der Nachweis erbracht wird, dass sie unvermeidbar gewesen sind. Fahrten und Dienstgänge innerhalb des Stadtgebietes sind mit der Zahlung der Aufwandsentschädigung (§ 8) abgegolten.

§ 11

Fälligkeit, Kürzung und Wegfall der Entschädigung

(1) Der monatliche Pauschalbetrag wird zum 1. des Monats im Voraus gezahlt. Sitzungsgeld und Verdienstausschlag wird auf Antrag gezahlt.

(2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während eines Kalendermonats, wird der monatliche Pauschalbetrag für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.

(3) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als drei Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Anspruch auf Zahlung einer Aufwandsentschädigung.

(4) Anträge auf Erstattung von Sitzungsgeld für das laufende Jahr sind jeweils bis zum 30. Januar des Folgejahres zu stellen. Bei nicht fristgerechten Anträgen wird das Sitzungsgeld nur erstattet, sofern noch Haushaltsmittel vorhanden sind.

§ 12

Übertragbarkeit von Ansprüchen

Die in dieser Satzung aufgeführten Ansprüche sind nicht übertragbar.

§ 13

Sprachliche Gleichstellung

Die in dieser Satzung gebrauchten Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten in jeweils weiblicher und männlicher Form.

§ 14

Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr

Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Stendal für ihren Aufwand bei der Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung bei Unglücksfällen sowie bei Notständen richtet sich nach einer gesonderten Feuerwehrentschädigungssatzung.

§ 15

Zuwendungen an Fraktionen

(1) Die Stadt stellt für die Fraktionsarbeit Mittel im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung durch Bescheid zur Verfügung. Die Mittel unterliegen in ihrer Bewirtschaftung (Verausgabe) den haushaltsrechtlichen Grundsätzen. Sie sind nach dem Grundsatz der Sparsamkeit zu bewirtschaften. Die bereitgestellten Mittel werden entsprechend der Fraktionsstärke, also im Verhältnis der Mitgliederzahl der Fraktion zur Anzahl aller Stadtratsmitglieder ausgegeben. Die Mittel dürfen nur für laufende Ausgaben der Fraktionen und für die folgenden Posten verwandt werden:

- Porto-, Versand- und Telefonkosten sowie Kontoführungsgebühren,
- Bürobedarf und Papier,
- Fachliteratur und Gesetzestexte,
- Informationsreisen auf Veranlassung der Fraktionen,
- Bewirtungskosten bis zu 12,78 Euro pro Person und Mahlzeit,
- Sachverständigenkosten, soweit die Einschaltung eines Sachverständigen geboten ist,
- Präsente zu besonderen Anlässen bis zu 20,00 Euro.

Die vorstehende Aufstellung ist abschließend. Mit den Mitteln dürfen keine Vermögensgegenstände angeschafft werden. Ferner dürfen die Mittel nicht der Parteienfinanzierung dienen.

(2) Die einzelnen Fraktionen sind verpflichtet, die Verwendung der Mittel zu belegen. Hierzu genügt ein formloser Verwendungsnachweis, aus dem hervorgehen muss:

- Datum der Ausgabe,
- Art und Höhe der Ausgabe,
- bisher getätigte Gesamtausgaben des laufenden Kalenderjahres,
- zwei Unterschriften von Fraktionsmitgliedern.

§ 16

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung der Stadt Stendal vom 30.06.2003 außer Kraft.

Stendal, den 03. November 2009

K. Schmotz

Klaus Schmotz
Oberbürgermeister



VGem Stendal-Uchtetal, Stadt Stendal als Trägergemeinde
SG Gemeindeangelegenheiten

1. Nachtragshaushaltssatzung

und Bekanntmachung der Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Volgfelde

Auf Grund des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S.568), in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Volgfelde in der Sitzung vom 21.10.2009 folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen.

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	der Gesamtbetrag bisher	neu festgesetzt
a) im Verwaltungshaushalt				
Die Einnahmen		8.000 EUR	152.000 EUR	144.000 EUR
Die Ausgaben		8.000 EUR	152.000 EUR	144.000 EUR

b) im Vermögenshaushalt				
Die Einnahmen	7.400 EUR		280.300 EUR	287.700 EUR
Die Ausgaben	7.400 EUR		280.300 EUR	287.700 EUR

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag bis zu dem Kassenkredite aufgenommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag nicht verändert.

§ 5

Die Steuerhebesätze werden nicht geändert.

§ 6

Der Beitragssatz für die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung wird nicht geändert.

§ 7

Bekanntmachung der Nachtragshaushaltssatzung

Die vorstehende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Der Nachtragshaushaltsplan liegt nach § 94 Abs. 3 GO LSA zur Einsichtnahme vom 19.11.2009 bis 03.12.2009 in der Verwaltungsgemeinschaft Stendal-Uchtetal öffentlich aus.

Volfelde, 21.10.2009

Langnese
Bürgermeisterin



VGem Stendal-Uchtetal, Stadt Stendal als Trägergemeinde
SG Gemeindeangelegenheiten

1. Nachtragshaushaltssatzung

und Bekanntmachung der Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 der Gemeinde Wittenmoor

Auf Grund des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S.568), in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Wittenmoor in der Sitzung vom 26.10.2009 folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen.

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	der Gesamtbetrag bisher	neu festgesetzt
a) im Verwaltungshaushalt				
Die Einnahmen	1.800 EUR		295.500 EUR	297.300 EUR
Die Ausgaben	1.800 EUR		295.500 EUR	297.300 EUR

b) im Vermögenshaushalt				
Die Einnahmen	4.200 EUR		214.700 EUR	218.900 EUR
Die Ausgaben	4.200 EUR		214.700 EUR	218.900 EUR

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag bis zu dem Kassenkredite aufgenommen werden dürfen, wird gegenüber

dem bisherigen Höchstbetrag nicht verändert.

§ 5

Die Steuerhebesätze werden nicht geändert.

§ 6

Die Beitragssätze für die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung werden nicht geändert.

§ 7

Bekanntmachung der Nachtragshaushaltssatzung

Die vorstehende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Der Nachtragshaushaltsplan liegt nach § 94 Abs. 3 GO LSA zur Einsichtnahme vom 19.11.2009 bis 03.12.2009 in der Verwaltungsgemeinschaft Stendal-Uchtetal öffentlich aus.

Wittenmoor, 26.10.2009

Kati Sprenger
Sprenger
Bürgermeisterin



VG Elbe-Havel-Land

BEKANNTMACHUNG

Der Gemeinderat Kamern hat in seiner Sitzung am 06. 10. 2009 die Aufhebung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Sportstätten der Gemeinde Kamern vom 18. 10. 2005 beschlossen.

Kamern, 03. 11. 2009

B e c k
Bürgermeister

Verwaltungsgemeinschaft "Tangerhütte-Land"

Öffentliche Bekanntmachung und Stellenausschreibung zur Bürgermeisterwahl in der

Gemeinde Uchtdorf am 24.01.2010 in der Zeit von 09.00 – 17.00 Uhr

Zur Bürgermeisterwahl wird folgendes bekannt gemacht:

Bei der Gemeinde Uchtdorf Verwaltungsgemeinschaft „Tangerhütte-Land“, Landkreis Stendal, ist die Stelle der ehrenamtlichen Bürgermeisterin/des ehrenamtlichen Bürgermeisters ab dem **14.05.2010** neu zu besetzen.

Die Gemeinde Uchtdorf hat zur Zeit 282 Einwohner.

Die Wahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters erfolgt auf 7 Jahre. Es wird eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe einer Satzung gezahlt. Notwendiger Verdienstausschlag und notwendige Auslagen werden erstattet.

Die Wahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters findet am Sonntag, **24.01.2010**, eine eventuell erforderliche Stichwahl am Sonntag, **07.02.2010**, statt. Wahlberechtigt sind alle Bürger der Gemeinde, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind oder wer einen Wahlschein erhalten hat. Staatsangehörige aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind nach den für Deutsche geltenden Voraussetzungen wahlberechtigt.

Einreichung von Bewerbungen:

Wählbar zur Bürgermeisterin/zum Bürgermeister ist jede/r Deutsche im Sinne des Art. 116 Grundgesetz sowie Staatsangehörige aus anderen Staaten der Europäischen Union, die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung einzutreten und die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind oder infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren haben.

Die Bewerberin/der Bewerber muss am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Die Bewerbungen um das Amt der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters sind innerhalb der Einreichungsfrist schriftlich einzureichen und können nur innerhalb dieser Frist zurückgenommen werden. Die Einreichungsfrist beginnt am Tag nach der Bekanntmachung der Stellenausschreibung und endet am **04.01.2010, 18.00 Uhr**.

Bewerbung:

Die Bewerbung muss mindestens den Namen, den Vornamen, die Anschrift der Hauptwohnung, den Beruf und den Tag der Geburt enthalten. Diese Angaben können formlos erfolgen.

Weiterhin müssen der Bewerbung gemäß § 59 Abs. 1 GO LSA **2 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten** der Gemeinde Uchtdorf auf einem **amtlichen Formblatt** beigelegt werden.

Wird ein Bewerber über eine Partei oder Wählergruppe nominiert, ist auf einem **amtlichen Formblatt eine Unterstützungserklärung** der Partei oder Wählergruppe mit einzureichen. Aus dieser Unterstützungserklärung muss erkennbar sein, dass sich auf einer Sitzung der Partei oder Wählergruppe die Mehrheit der zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens wahlberechtigten Mitglieder in geheimer Wahl für die Unterstützung der Bewerberin/des Bewerbers ausgesprochen hat (§ 21 Abs. 10 S. 1 i.V.m. § 24 KWG).

Staatsangehörige aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben weiterhin auf einem **amtlichen Formblatt** (Anlage 8a der Kommunalwahlordnung LSA) eine Versicherung abzugeben, dass sie nach den Rechtsvorschriften des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind oder infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren haben.

Bewirbt sich der Amtsinhaber erneut, ist keine Unterstützungsunterschrift erforderlich.

Alle erforderlichen **amtlichen Formblätter** können bei der Verwaltungsgemeinschaft „Tangerhütte-Land“, Bismarckstraße 5, 39517 Tangerhütte angefordert werden oder sind während der Sprechzeiten im Einwohnermeldeamt erhältlich.

Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bürgermeisterwahl Gemeinde Uchtdorf“ unter folgender Anschrift einzureichen:

Gemeinde Uchtdorf
über VGem „Tangerhütte-Land“
Bismarckstraße 5
39517 Tangerhütte

Bürgermeister



Wahlleiter

Verwaltungsgemeinschaft "Tangerhütte-Land"

Bekanntmachung der Verwaltungsgemeinschaft "Tangerhütte-Land" zum Ergebnis der Bürgeranhörung zur Gebietsänderung vom 11.10.2009

Der Wahlausschuß hat in seiner öffentlichen Sitzung am 12.10.2009 das endgültige Abstimmungsergebnis der Bürgeranhörung zur Bildung einer Einheitsgemeinde ermittelt:

Ergebnisse der Bürgeranhörung vom 11.10.2009 in der VGem "Tangerhütte-Land"

Gemeinden	Wahlberechtigte	Wähler	Stimmen			
			gültige	JA	NEIN	ungültig
Bellingen	226	51	51	22	29	0
Birkholz	355	65	65	29	36	0
Bittkau	597	101	101	38	63	0
Cobbel	219	67	67	33	34	0
Demker	307	73	71	26	45	2
Grieben	680	105	105	25	80	0
Hüselitz	233	54	54	29	25	0
Jerchel	114	38	38	6	32	0
Kehnert	321	115	115	96	19	0
Lüderitz	925	156	156	84	72	0
Ringfurth	273	97	97	71	26	0
Schelldorf	99	34	34	25	9	0
Schernebeck	213	68	68	62	6	0
Schönwalde (A)	99	26	26	20	6	0
Tangerhütte I	1480	93	93	76	17	0
Tangerhütte II	1207	163	162	133	29	1
Tangerhütte III	1051	74	74	59	15	0
Tangerhütte IV	1029	42	42	32	10	0
Uchtdorf	256	61	61	21	40	0

Uetz	162	79	79	68	11	0
Weißewarte	374	69	69	38	31	0
Windberge	266	60	60	40	20	0
Gesamt	10486	1691	1688	1033	655	3

Einspruch gegen die Gültigkeit der Abstimmung kann jede abstimmungsberechtigte Person des Abstimmungsgebietes beim Wahlleiter binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses mit Begründung schriftlich einreichen oder zur Niederschrift erklären.



Birgit Schäfer
Wahlleiterin

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Bekanntmachung

Das Landesverwaltungsamt gibt bekannt, dass die

E.ON Avacon AG, Schillerstraße 3, 38350 Helmstedt

Anträge auf Erteilung von

Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen

nach § 9 Abs. 4 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG) vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2192) i.V.m. § 7 Sachenrechts-Durchführungsverordnung (SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) für die

15 kV-Leitung Nr. 22 San. Stadt Werben

gestellt hat.

In diesem Verfahren sollen an den in Anspruch genommenen Grundstücken beschränkte persönliche Dienstbarkeiten zum Besitz und Betrieb sowie zur Unterhaltung und Erneuerung bereits **bestehender** Leitungen / Anlagen bescheinigt werden. Die Dienstbarkeit ist per Gesetz für alle am 03.10.1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR genutzten Energiefortleitungen einschließlich der dazugehörigen Anlagen entstanden.

Im Landkreis Stendal ist folgend Gemarkung betroffen:

Gemarkung	Flur
Werben	11, 12

Die eingereichten Anträge sowie die beigegeführten Unterlagen können beim

Landesverwaltungsamt
Referat 106
Ernst- Kamieth- Straße 2
06112 Halle (Saale)

vom 18.11.2009 bis zum 16.12.2009 im Raum CE.14 eingesehen werden.

Um Vereinbarung eines Termins zur Einsichtnahme wird gebeten. Telefonische Auskünfte sind unter Tel.: 0345 / 514 3776 von Montag bis Donnerstag möglich.

Das Landesverwaltungsamt erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen gemäß § 9 Abs. 4 GBBerG i.V.m. § 7 Abs. 2, 4 und 5 SachenR-DV nach Ablauf von vier Wochen von der Bekanntmachung an.

Nach § 9 Abs. 3 GBBerG ist dem Eigentümer des belasteten Grundstücks nach Eintrag der Dienstbarkeit und Aufforderung durch den Grundstückseigentümer ein Ausgleich zu zahlen.

Widerspruch gegen die Erteilung der Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen kann beim Landesverwaltungsamt, Referat 106, Ernst- Kamieth- Straße 2, 06112 Halle (Saale) schriftlich oder zur Niederschrift nur bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden.

Landesverwaltungsamt
Im Auftrag

gez. Bartels

Amtsblatt für den Landkreis Stendal

Herausgeber: Landkreis Stendal, Hospitalstraße 1/2, 39576 Stendal,
Telefon: 0 39 31/60 75 28

Verantwortlich für die Redaktion: Pressestelle

Das Amtsblatt erscheint im General-Anzeiger, Ausgabe Altmark-Ost
Verteilung: kostenlos an alle frei zugänglichen Haushalte, Betriebe
und Institutionen

Satz: Profitext e. K., Bahnhofstraße 17, 39104 Magdeburg,
Telefon: 03 91/59 99-439

Bezug: General-Anzeiger Stendal, Hallstraße 51,
39576 Stendal, Telefon: 0 39 31/6 38 99 31

Anlage - Übersichtskarte zum LSG "Altmärkische Wische"

